

Das Horn von Afrika Herausforderungen und Chancen für eine sozial- demokratische Außen- und Entwicklungspolitik

1. Lage und Entwicklungen im Horn von Afrika¹

Der afrikanische und der europäische Kontinent sind geschichtlich, kulturell, wirtschaftlich und geopolitisch sehr eng miteinander verbunden. Die Partnerschaft mit dem Horn von Afrika zu vertiefen, ist deshalb erklärtes Ziel europäischer und deutscher Außenpolitik. Entscheidend für eine erfolgreiche sozialdemokratische Außen- und Entwicklungspolitik im Horn von Afrika ist eine kohärente, ganzheitliche Politik für die Region, die einen inklusiven, multidimensionalen Ansatz verfolgt und multilaterale Ansätze für die Problemlösung nutzt. Dabei gilt es, regionale Konfliktsysteme, grenzüberschreitende Entwicklungs- und Krisenzusammenhänge sowie neue Risiken zu berücksichtigen und verschiedene Politikbereiche zu vernetzen. Nur so können wir sinnvoll zu Frieden, Sicherheit und Wohlstand in der Region beitragen.

Außen- und entwicklungspolitische Relevanz der Region

Die **geostrategische Bedeutung** des größeren Horns von Afrika leitet sich aus seiner geografischen Lage und den regionalen Konfliktsystemen sowie wirtschaftlichen Entwicklungspotenzialen ab. Das Horn von Afrika befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft zur arabischen Halbinsel. Es liegt entlang eines der wichtigsten internationalen Seewege, **von dessen Sicherheit der Welthandel abhängig ist**. Dementsprechend intensiv gestaltet sich der Wettbewerb externer Akteure um Militärbasen und Zugang zu bzw. Kontrolle über strategische Häfen am Golf von Aden und am Roten Meer. Neben China unterhalten Frankreich und die USA Militärbasen in Dschibuti. Zunehmend weiten auch neue Akteure ihre Aktivitäten im Horn aus, darunter insbesondere die Vereinigten Arabischen Emirate, die Türkei und Russland.

Darüber hinaus stellt das Horn von Afrika ein **komplexes regionales Konfliktsystem** dar: Sudan – Südsudan, Rotes Meer Anrainerstaaten, Äthiopien, Somalia – Kenia, Region der Großen Seen, der Sahel-Region und Anrainerstaaten des Nils. Konflikt- und Krisendynamiken in und zwischen den Ländern der Region sind eng miteinander verzahnt. Das Konfliktgeschehen in einem Land wirkt sich oft unmittelbar auf die Nachbarschaft aus. Auch im Rahmen der Konkurrenz um Ressourcen, insbesondere Wasser, wirkt sich die starke Interdependenz der Region aus und muss in unserer entwicklungspolitischen Arbeit besonders berücksichtigt werden. Mit internationalen Friedenseinsätzen, sowohl unter der Ägide der Vereinten Nationen als auch in Verantwortung der EU und der Afrikanischen Union (AU) will die internationale Gemeinschaft gemeinsam mit Partnern vor Ort Transitionsprozesse unterstützen und funktionierende Sicherheitsbehörden aufbauen. Außerdem sollen staatliche Institutionen in den Bereichen Menschenrechte und Justiz unterstützt, eine humane und geregelte Migration gefördert sowie Terrorismus eingedämmt werden. Multilaterale, partnerschaftliche Ansätze zur Bewältigung regionaler Herausforderungen, die die Bevölkerung schützen und ihre Interessen berücksichtigen, unterstützen wir.

¹ Das Horn von Afrika wird im außenpolitischen Zusammenhang in seiner breiteren Definition verstanden und umfasst die Mitgliedsstaaten der Regionalorganisation IGAD (Intergovernmental Authority on Development): Sudan, Südsudan, Äthiopien, Eritrea, Dschibuti, Somalia, Kenia und Uganda.

Ferner sind die Faktoren Klimapolitik und demografische Trends bezüglich der außenpolitischen Relevanz des Horns von Afrika zu nennen. Kenia, aufgrund seiner vergleichsweise Stabilität unser wichtigster bilateraler Partner in der Region, spielt schon jetzt eine entscheidende Rolle in der deutschen Klimaaußenpolitik. Mit einem Anteil von rund 90 Prozent erneuerbarer Energiequellen an der Stromerzeugung stellt Kenia ein positives Beispiel für andere Länder der Region dar und übernimmt u. a. mit der Ausrichtung des African Climate Summit auch eine klimapolitische Vorreiterrolle. Zudem ist das Horn von Afrika eine der jüngsten Regionen weltweit. Das Durchschnittsalter in der Region beträgt weniger als 20 Jahre. Dies geht mit einem herausragenden wirtschaftlichen Potenzial einher.

Problemlagen und gegenwärtige Entwicklungen

Die Situation im Sudan ist momentan besonders besorgniserregend. Seit April 2023 kämpfen rivalisierende Fraktionen des herrschenden Militärs gegeneinander. Der Bürgerkrieg führte bereits zu tausenden Toten und Millionen Vertriebenen und hat Auswirkungen auf die Nachbarländer. Ferner droht ein neuer Völkermord in Darfur. Alle internationalen Vermittlungsversuche sind gescheitert und ein Ende der Kämpfe ist nicht abzusehen.

Abgesehen vom Sudan ist das Horn von Afrika generell von politischen Spannungen, gewaltsamen Konflikten und politischer Instabilität gezeichnet. Dies verdeutlichen insbesondere die bewaffneten Auseinandersetzungen in Somalia, Südsudan und erneut in Äthiopien. Nur wenige Monate nach dem mühsam ausgehandelten Friedensschluss in Tigray, eskaliert im Vielvölkerstaat die Gewalt abermals in mehreren Teilen des Landes. Befeuert werden Konflikte durch die Klimakrise und durch mangelnden Zugang zu Ressourcen wie Wasser und Ackerboden. Aus diesen fragilen Umständen resultieren humanitäre Krisen wie die derzeit wohl schlimmste Hungersnot weltweit.

Die **mangelhafte Bereitstellung von öffentlichen Gütern**, von Sicherheit über Bildung und Gesundheit zu Ernährungssicherheit und Infrastruktur, eingeschränkte politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe, und mangelnder Schutz von Menschenrechten untergraben menschliche Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt und befördern Konfliktrisiken. Insbesondere in Somalia, Sudan und Südsudan sind große Landesteile durch eine **schwache Präsenz des Staates** gekennzeichnet. Die mangelnde Bereitstellung öffentlicher Güter in der Region begünstigt die **Ausbreitung von Netzwerken des Dschihadismus**. Lokal verankerte extremistische Akteure sind zunehmend regional, kontinental und international vernetzt und können aufgrund der zahlreich vorhandenen Kleinwaffen und leichten Waffen einfach zu gewalttätigen Mitteln greifen. Gewalttätiger Extremismus tritt vor allem entlang der ostafrikanischen Küste vom Sudan bis in den Norden von Mosambik auf.

Kriege, humanitäre Krisen, politische Instabilität, Repression und Armut sind Ursachen massiver Migrationsbewegungen in der Region und über ihre Grenzen hinaus. Die Region beheimatet über vier Millionen Flüchtende und Asylsuchende und über elf Millionen Binnenflüchtende. Menschen aus Somalia und Eritrea, die in ihren Heimatländern keine Zukunft sehen, stellen im letzten Jahrzehnt den Großteil afrikanischer Asylbewerber:innen in Deutschland.

In mehreren Ländern spielten sich in jüngerer Vergangenheit bedeutende politische Umbrüche und Übergangsprozesse beziehungsweise Transitionen ab, vor deren Hintergrund sich Dynamiken von Kooperation und Konflikt in der Großregion erheblich wandeln. Im Sudan, Südsudan, Somalia und auch in Äthiopien boten und bieten diese politischen Übergangsphasen **Potenzial für demokratischen gesellschaftlichen Wandel**. Jedoch wurden und werden Hoffnungen auf politische und gesellschaftliche Öffnung oftmals von politischen Eliten untergraben, die Transitionen für eine Verfestigung autokratischer Macht instrumentalisieren und teilweise blockieren. Dies liegt auch daran, dass Friedens- und Übergangsprozesse weiterhin vorrangig als Aushandlungen zwischen Eliten bzw. bewaffneten Gruppen gestaltet werden. Eine breitere Gesellschaft, insbesondere Frauen und marginalisierte Gruppen, werden in die Aushandlung neuer politischer Ordnungen nur unzureichend einbezogen. Folglich fällt es schwer tragfähige neue Gesellschaftsverträge zu entwickeln. So gehen machtpolitische Interessen von Eliten allzu oft auf Kosten menschlicher Sicherheit. Hinzu kommt, dass mangelhafte Regeln für und Erfahrung mit friedlichen politischen Machtwechseln politische Gewalt fördert. Aufgrund der sehr jungen Bevölkerungsstruktur ist die Einbindung junger Menschen in die Friedensprozesse in der Region nicht ausreichend. Zudem

gelingt es bisher kaum, begangene Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung ausreichend mittels „transitional justice“ beim Aufbau stabiler staatlicher Strukturen zu adressieren.

Diese Herausforderungen schwächen die Fähigkeiten der Region, auf **globale Megatrends wie zum Beispiel die Klimakrise, demografischen Wandel und Urbanisierung** angemessen zu reagieren. Das Horn von Afrika ist an seinem Beitrag zur Klimakrise gemessen unverhältnismäßig von ihren Auswirkungen auf menschliche Sicherheit betroffen. Zunehmend extreme Wetterereignisse gefährden die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen, verstärken Konfliktrisiken und verschärfen humanitäre Krisen. Außergewöhnlich lang andauernde Dürren oder Überschwemmungen verschlimmern die bereits prekäre Ernährungssicherheit und verschärfen Verteilungskämpfe, die zu Vertreibung und Flucht beitragen. Die Auswirkung des russischen Angriffskriegs auf die globale Nahrungsmittelversorgung sowie die abnehmende Verfügbarkeit von Gebergeldern erschweren die Situation. Allein in Äthiopien, Kenia und Somalia leiden mehr als 23 Millionen Menschen unter schwerem Hunger. Die sozioökonomische Situation und mangelnde staatliche Daseinsvorsorge untergraben die Fähigkeit der Bevölkerung, sich für die Folgen der Klimakrise zu wappnen.

2. Gemeinsam für die Herausforderungen unserer Zeit

Im Sinne einer sozialdemokratischen Außen- und Entwicklungspolitik verstehen wir die Länder am Horn von Afrika und die dort lebenden Menschen als Partner auf Augenhöhe, mit denen wir gemeinsam den Herausforderungen unserer Zeit begegnen wollen: Von der Klimakrise und ihren zahlreichen Auswirkungen insbesondere auf Frauen und marginalisierte Gruppen, über Migration, Terrorismus, Desinformation und Ernährungsunsicherheit sowie öffentliche Gesundheit bis hin zum Umgang mit dem kolonialen Erbe. Wir haben ein Interesse daran, gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme zu finden. Hierfür müssen wir attraktive Angebote unterbreiten.

Wir Sozialdemokrat:innen werden von der Überzeugung geleitet, dass wertebasiertes Handeln, das glaubwürdige und wirksame Angebote macht, einer **Außenpolitik aus einem Guss** bedarf, die ressortübergreifend einen vernetzten Ansatz verfolgt. Wichtig ist dabei, dass den strukturellen Ursachen von Konflikten, Flucht und Gewalt durch Zuhilfenahme des Nexus-Ansatzes begegnet wird: Außen-, Entwicklungs-, Wirtschafts-, Klima- und Sicherheitspolitik mit und gegenüber dem Horn von Afrika müssen aufeinander abgestimmt und kohärent umgesetzt und koordiniert werden. Entscheidend ist deshalb außerdem, dass Deutschland nicht nur mit staatlichen Akteuren zusammenarbeitet, sondern verschiedene Formen regierungs- und staatsferner Zusammenarbeit auf mehreren Ebenen anbietet, um reformorientierte Akteure zu stärken, menschliche Sicherheit zu schützen und demokratisches zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern. Neben der bilateralen Zusammenarbeit sollen daher politische Stiftungen, kirchliche Organisationen, Vereine und Initiativen sowie andere nichtstaatliche Akteure noch stärker in die Entwicklungszusammenarbeit eingebunden werden.

Den deutschen **Mehrebenenansatz, der nicht allein auf die Zusammenarbeit mit Regierungen setzt**, verstehen wir als einen deutlichen komparativen Vorteil gegenüber anderen Akteuren, die in der Region aktiv sind. Deshalb wollen wir gezielt Partnerschaften stärken und ausbauen:

Unser Anliegen als Sozialdemokratie ist es, kollektive Sicherheit und zivilgesellschaftliche Akteure zu stärken und einzubinden und vorhandene Ansätze für demokratischen Wandel zu unterstützen. Außerdem setzen wir uns für den Aufbau inklusiver staatlicher Strukturen ein. Für die Bewältigung der zahlreichen regionalen Herausforderungen brauchen wir neben der Zivilgesellschaft staatliche Partner und Regionalorganisationen.

Partner:innen wollen wir dabei unterstützen, stabile Strukturen zu schaffen, die gewaltsamen Konflikten entgegenwirken, zum Beispiel in dem Rechtstaatlichkeit ausgebaut und Mediationsprozesse begleitet werden. Dies muss explizit die Strafverfolgung von sexueller und geschlechtsbezogener Gewalt einschließen, die von Kriegsakteuren u. a. in Äthiopien, Somalia, Südsudan und im Sudan bewusst als Waffe und Machtinstrument eingesetzt wird. Die grenzüberschreitende Kooperation im Nilbecken und im Rahmen der Lake Victoria Basin Commission um Ressourcenkonflikten vorzubeugen begrüßen und unterstützen wir und setzen uns im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit für noch mehr multilateralen

Dialog in der gerechten Verteilung von Ressourcen und der technischen Umsetzung der Ergebnisse dessen ein.

Die außenpolitischen Angebote, die Deutschland mit Blick auf das Horn von Afrika macht, müssen dabei im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel den **Bereich der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP)** umfassen. Dadurch können breite Gesprächs- und Dialogangebote an die Bevölkerung des Horns von Afrika gemacht werden, die zu einem offenen Austausch von Ideen beitragen und dabei helfen, gemeinsame Lösungen für gemeinsame Herausforderungen zu finden. Es geht uns auch darum, wachsenden Herausforderungen durch Desinformationskampagnen durch verstärkte kommunikative Anstrengungen zu begegnen, um das Handeln Deutschlands und seiner Partner auch gegenüber der Bevölkerung transparent und verständlich zu erklären.

3. Handlungsoptionen für Deutsche und Europäische Außen- und Entwicklungspolitik

Eine sozialdemokratische feministische Außen- und Entwicklungspolitik zielt immer darauf ab, unter Einbeziehung von Frauen und marginalisierten Gruppen wie LGBTQI* Personen, Krisen und Konflikten vorzubeugen. Außerdem wollen wir kollektive Antworten auf bestehende Krisen erarbeiten und eine **langfristige Stärkung demokratischer Strukturen, die Schaffung guter Arbeitsplätze und sozialer Sicherungssysteme** erwirken. Dies steht im Einklang mit der verabschiedeten Nationalen Sicherheitsstrategie. Dabei müssen wir bestehende Machtverhältnisse mit in Betracht ziehen und wollen zugleich für die Werte unseres Ansatzes *leave no one behind* einstehen. Dies gilt auch für das Horn von Afrika. Im Zusammenhang eines zunehmenden Engagements externer autokratischer Akteure, die geostrategische und wirtschaftliche Interessen verfolgen, muss deutsche Außen- und Entwicklungspolitik hier Handlungsoptionen identifizieren, die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt stellen und zugleich attraktive Angebote an die Regierungen und nichtstaatlichen Akteure der Region unterbreiten.

Deutschland genießt im Horn von Afrika ein besonderes Vertrauen. Deutschland ist der zweitgrößte bilaterale Geber in der Region und zusätzlich für seine Verlässlichkeit bekannt. Auch die Tatsache, dass Deutschland nicht in erster Linie als machtleitender Akteur in Erscheinung tritt, erhöht unsere Glaubwürdigkeit vor Ort. Insofern ist die Bundesregierung in Umsetzung durch das AA, das BMZ und das BMVg besonders gut positioniert, um in **Partnerschaft mit staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren** politisch sensible Themen und Prozesse wie Sicherheitssektorreformen, nationalen Dialog oder Mediation bewaffneter Konflikte, aber auch innerstaatliche autokratische Tendenzen und Fluchtursachen zu bearbeiten.

Deutschland schöpft diesbezüglich sein Potenzial jedoch nicht aus. Deutschland sollte „good offices“ verstärkt zur Verfügung stellen und aktiver als zusammenführender Akteur agieren. Darüber hinaus sollten Regierungsvertreter:innen bei Reisen in die Region Angebote für Partner haben, die Anreize bieten, um politische Dynamiken in gewünschte Bahnen zu lenken. Eine mutigere Politik Deutschlands, abgestimmt mit internationalen Partnern, ist gewünscht und zeitgemäß. Dass das Auswärtige Amt nun einen in Nairobi angesiedelten Sonderbeauftragten für das Horn von Afrika ernannt hat, ist der richtige Weg. Seine Befugnisse und sein Budget sollten jedoch ausgeweitet werden.

Für die Stabilisierung der Region ist neben der Entwicklung und Stärkung verlässlicher staatlicher Strukturen, wirtschaftlicher Perspektiven für die junge Bevölkerung und die Unterstützung resilienten zivilgesellschaftlicher Strukturen unerlässlich. Diesbezüglich ist eine weitere Zusammenarbeit im Bereich der sozialen Sicherungssysteme äußerst wichtig.

Menschliche Sicherheit durch Krisenvorbeugung schützen

Zivile Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge sind die zentralen Leitlinien für die Außenpolitik der SPD-Fraktion. Es ist besser, frühzeitig und gezielt in Stabilisierung zu investieren. Krisenprävention ist effektiver und günstiger als Krisenbekämpfung. Oberstes Ziel einer sozialdemokratischen Außen- und Entwicklungspolitik ist daher die Investition in Krisenvorbeugung. Dies bedeutet in erster Linie

die Sicherung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung und Förderung der Inklusivität von staatlichen Institutionen und politischen Prozessen.

Frauen sind der Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung und Frauen sind am stärksten von den Auswirkungen von Krisen und Konflikten betroffen. Daher ist es entscheidend, besonders die Rechte von Frauen und Mädchen in den Fokus der internationalen Zusammenarbeit zu nehmen. Themen wie beispielsweise Bildungszugang, das Recht auf Landbesitz, Verbesserung der Chancen im formellen Arbeitssektor sowie der strikte Kampf gegen Genitalverstümmelung müssen weiterverfolgt werden.

Mit Blick auf die engen Zusammenhänge zwischen der Klimakrise sowie Frieden und Sicherheit, verstehen wir eine sozialdemokratische Außenpolitik auch im Horn von Afrika als **Klimaaußenpolitik**. Ziel ist es, klimainduzierte humanitäre Krisen langfristig vorzubeugen und Konfliktrisiken zu reduzieren. Deutsche, staatliche und nichtstaatliche, Entwicklungszusammenarbeit kann zusammen mit lokalen Partnern und/oder Regierungen über Auswirkungen der Klimakrise aufklären, Handlungsoptionen erarbeiten und betroffenen Bevölkerungen beim Umgang mit den Konsequenzen durch Beratung, Know-how und materielle Unterstützung Beistand leisten und Resilienz stärken. Gerade mit Blick auf die wiederkehrenden Ernährungskrisen sind **klimaangepasste Agrarsysteme** eine Grundvoraussetzung für gelungene langfristige Krisenprävention durch den Erhalt der Lebensgrundlagen der vor allem ländlichen Bevölkerung am Horn von Afrika. Darüber hinaus bietet Klimasicherheit als gemeinsames Interesse auch einen Einstiegspunkt für politischen Dialog mit nationalen und regionalen Institutionen sowie Anrainerstaaten der Region.

Der **vorausschauenden, gendersensiblen humanitären Hilfe sowie der Übergangshilfe kommt eine besondere Bedeutung in der Region zu, um durch gezieltes Handeln** humanitären Krisen und deren verheerenden Auswirkungen vorzubeugen und die Resilienz der Bevölkerung zu stärken. Maßnahmen zu Klimawandelanpassung, Risikoreduzierung, Frühwarnung und Aufbau von sozialen Sicherungssystemen helfen, humanitäre Krisen zu verhindern. Die **Krisen- und Konflikt-Frühwarn- und Reaktionssysteme** der Afrikanischen Union und der Regionalorganisation IGAD sollten von Deutschland, der EU und multilateralen Gebern im Sammeln und Austauschen von Informationen in der Region unterstützt werden.

Kollektiv auf Krisen und Konflikt reagieren

Wir sind überzeugt von internationaler, multilateraler Zusammenarbeit. Akute humanitäre Krisen und gewaltsame Konflikte erfordern außenpolitisches Handeln in Abstimmung mit einflussreichen und gleichgesinnten Akteuren. Dies bedeutet, dass wir – auch gemeinsam mit Partnern wie der EU oder den VN – die Kapazitäten von afrikanischen multilateralen Akteuren wie der Afrikanischen Union oder der Regionalorganisation IGAD und der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) weiterentwickeln wollen, sodass diese künftig besser auf Krisen und Konflikte reagieren können. Unsere Priorität ist dabei ein kollektives Handeln in einem multilateralen Rahmen.

Über konzertiertes Handeln im Rahmen der EU und der Vereinten Nationen sollten kontinentale und regionale multilaterale Bemühungen zur Krisen- und Konfliktbeilegung verstärkt gefördert werden. Die **Unterstützung von Vermittlungsinitiativen** von regionalen Organisationen in politischen und bewaffneten Konflikten ist alternativlos. Die Bundesregierung sollte sich weiterhin als verlässlicher Partner regionaler Vermittlungsinitiativen positionieren, die Bemühungen der EU-Sondergesandten für das Horn von Afrika unterstützen und vereint mit gleichgesinnten bilateralen und multilateralen Partnern handeln, um Mediationsprozesse wirksam zu unterstützen und fragile politische Übergangsprozesse abzusichern. Dabei ist es essenziell, dass Deutschland und die EU sich bemühen, **gemeinsame Interessen** in der Krisen- und Konfliktbeilegung auch mit andersgesinnten Akteuren zu identifizieren und wo möglich außenpolitisches Handeln abstimmen. Die Etablierung neuer Formate und Foren für Austausch, Koordination und Kooperation zwischen der Region, seinen Anrainern und anderen einflussreichen externen Akteuren können helfen, neue Kommunikationskanäle zu schaffen, Vertrauen aufzubauen und die Kohärenz außenpolitischen Handelns gegenüber der Region zu stärken. Regionale Initiativen wie die „Horn von Afrika Initiative“ bieten eine gute Grundlage für deutsche Unterstützung.

Deutsches Engagement sollte auf die langfristige Wiederherstellung der Sicherheit der Bevölkerung abzielen. Humanitäre Notlagen dauerhaft zu entschärfen, erfordert die **Aufrechterhaltung und den**

(Wieder-) Aufbau von essenzieller Infrastruktur wie der Trinkwasser- und Gesundheitsversorgung. Als wichtiger humanitäre Geber im Horn hat Deutschland eine Vorbildfunktion und kann zu einer **effektiveren und vorausschauenden Koordination von humanitärer Hilfe** beitragen, um Verlässlichkeit im Fluss von Mitteln für humanitäre Hilfe insbesondere in Zeiten, in denen globale Krisen Ressourcen von Gebern umlenken und verknappten, zu gewährleisten. Doch wir müssen auch zu mittel- und langfristigen Lösungen beitragen: Ein deutliches Zeichen im Kampf gegen den weltweiten Hunger und einer Verbesserung der Lebensmittelversorgung haben die G7-Entwicklungsminister:innen bereits unter Deutschlands Führung mit der Initiierung des **Globalen Bündnis für Ernährungssicherung** gesetzt. Im Horn von Afrika kann eine nachhaltige Landwirtschaft zu einer Steigerung der Erträge der Lebensmittelproduktion führen.

Politische, ökonomische und kulturelle Marginalisierung und Exklusion sind wichtige Ursachen und Verstärker von **bewaffneten extremistischen Bedrohungen** und verlangen umfassende Lösungsansätze, die über militärische Antworten hinausgehen. Politischer Dialog auf lokaler und nationaler Ebene und die Bereitstellung öffentlicher Güter müssen im Mittelpunkt außen- und entwicklungspolitischer Bemühungen stehen, um Ursachen gewaltsamen Extremismus langfristig effektiv zu bearbeiten. Dies bedeutet für uns auch, unter Umständen Regierungen in der Region dafür zu sensibilisieren, lösungsorientierten **bewaffneten Gruppen** mit politischen Zielsetzungen, die bislang von Regierungen in der Region als terroristisch eingestuft werden, **Dialogangebote** zu machen.

Multilaterale Friedenseinsätze sind eines der wichtigsten Instrumente kollektiven Handelns der internationalen Gemeinschaft, um auf Konflikte zu reagieren und den Weg für langfristige Friedenssicherung zu ebnen. Die UN-Mission im Südsudan und die von der EU finanzierte Mission der Afrikanischen Union in Somalia spielen tragende Rollen für den Schutz menschlicher Sicherheit und den Weg zu einer friedlichen Zukunft. Im Zeichen regionaler Erfahrungswerte und globaler Entwicklungen sollte Deutschland auf eine **angepasste und realistische Gestaltung von Mandaten von internationalen Friedenseinsätzen** hinwirken, die einen klaren Endzustand der Missionen definieren, die dann auch eine Reduzierung europäischer finanzieller Unterstützung erlaubt.

Langfristige Stärkung demokratischer Strukturen und wirtschaftlicher Perspektiven

Frieden, Demokratie und Sicherheit gehen für uns Hand in Hand. Ihre Sicherung benötigt umfassende langfristige Investitionen, die vernetzte Ansätze in Diplomatie, Politik und Entwicklungszusammenarbeit erfordern. Waffenstillstände und Friedensverträge stellen den Anfangspunkt meist schwieriger Wege zu langfristigem Frieden und tragfähigen Gesellschaftsverträgen dar. Die erfolgreiche Umsetzung eines Abkommens erfordert, dass Ressourcen, **internationale Aufmerksamkeit** und Rechenschaftspflicht der Parteien und eine Einbeziehung der Zivilgesellschaft gewährt werden. Deutsche Außenpolitik sollte im Kreis der EU im Horn von Afrika die **Umsetzung von Friedens- und Übergangsabkommen kontinuierlich unterstützen** und Verletzungen von Verträgen durch Vertragsparteien gemeinsam mit Partnern mit außenpolitischen Konsequenzen begegnen.

Insbesondere dort wo bewaffnete Konflikte herrschen, Regierungen und staatliche Strukturen keiner demokratischen Rechenschaftspflicht unterliegen, kann Entwicklungszusammenarbeit durch eine **Kombination regierungsnaher und regierungsferner Instrumente zielgerichtet eingesetzt werden**. Dies kann heißen, dass auf lokaler Ebene mit kommunalen Verwaltungen zur Verbesserung der Versorgung und politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe der Bevölkerung zusammengearbeitet wird oder aber nicht-staatliche reformorientierte Akteure der Zivilgesellschaft unterstützt werden.

Politische Übergänge in der Folge von Konflikt und gravierenden Menschenrechtsverletzungen sollten im Sinne der Vergangenheitsbewältigung und Versöhnung von frühzeitig eingeleiteten „transitional justice“ Prozessen begleitet werden. Voraussetzung und Grundlage dafür sind die **Dokumentation und Verifikation von Menschenrechts- und Kriegsverbrechen**. Hierbei können EU-Länder eine kritische Unterstützungsrolle durch das Sammeln und Teilen von Informationen spielen. Die Entwicklungszusammenarbeit kann beratend agieren sowie durch technische Zusammenarbeit mit Menschenrechtskommissionen und NGOs Vergangenheitsbewältigung und Versöhnung fördern.

Langfristige Stabilisierung und somit Krisenvorbeugung und Konfliktprävention erfordert oftmals umfassende **Sicherheitssektorreformen**. Bei der Zusammenarbeit in diesem Bereich, insbesondere der **demokratischen Einbettung** des Sicherheitssektors, verlangen zwei Aspekte besondere Beachtung: Erstens, Sicherheitssektorreformen sind ein politisches und hochsensibles Unterfangen, welches eine enge Zusammenarbeit und gemeinsame politische Linien erfordern. Politischer Wille staatlicher Kooperationspartner ist unabdingbar. Eine rein technisch-militärische Herangehensweise können eine demokratische Entwicklung in den Kooperationsländern untergraben und neue Konfliktrisiken schaffen. Zweitens sollten Sicherheitssektorreformen auf **eine inklusive Organisation des Sicherheitssektors** und somit auf die Schaffung von menschlicher Sicherheit abzielen. Nicht-traditionelle Akteure im Sicherheitssektor wie **Zivilgesellschaft, Frauen, marginalisierte Gruppen, Menschenrechts- und humanitäre Organisationen** sollten einbezogen werden. Ein Austausch zwischen diesen Gruppen und Sicherheitskräften sollte gefördert werden.

Um langfristige gesellschaftliche Stabilität zu fördern, gilt es auf die Regierungen der Region einzuwirken, mehr **gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe** zuzulassen und somit **soziale Inklusion zu stärken**. Die Institutionalisierung gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse zur Politikgestaltung sowie Perspektiven zur Einkommensgenerierung zu fairen Bedingungen können der Entfremdung und Radikalisierung von marginalisierten Bevölkerungsgruppen vorbeugen. Die Einbindung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure, insbesondere Frauen und Jugend, und die Würdigung der Pluralität der Stimmen dieser Gruppen in der Gestaltung von Politik und Transitionsprozessen ist unerlässlich. Dies gilt momentan insbesondere für den gefährdeten Nationalen Dialog in Äthiopien. Deutschland und die internationale Gemeinschaft müssen engagiert bleiben, um das größte Land am Horn von Afrika zu stabilisieren. Es müssen vertrauensbildende Dialoge mit regionaler Perspektive unterstützt werden, die inklusiv und umfassend aufgestellt sind und dabei Regierungen, wichtige Konfliktakteure und Zivilgesellschaft zusammenbringen.

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven für die junge Bevölkerung am Horn von Afrika sind eine wichtige Grundvoraussetzung für langfristige Stabilität und Frieden in der Region. Die Entwicklungszusammenarbeit kann durch die Verbesserung des Zugangs zu Finanzierung gerade für kleine und mittelgroße Unternehmen, Unterstützung von wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und des Investitionsklimas zu einer dynamischen und beschäftigungsfördernden Privatwirtschaft am Horn von Afrika beitragen. Gerade in der Landwirtschaft und damit verknüpften Wertschöpfungsketten liegen große Potenziale. Dafür sind bedarfsgerechte Berufsbildungssysteme nötig, die auf Beschäftigung in ökologisch-relevanten Zukunftsbranchen vorbereiten. Ein Fokus sollte dabei auf Beschäftigungschancen für Frauen und auf Jobs mit höherwertigen Umwelt- und Sozialstandards liegen. Eine dynamische Privatwirtschaft kann zudem mittelfristig die Basis für staatliche Einnahmen verbreitern und die Übernahme staatlicher Versorgungsaufgaben fördern. Am Horn von Afrika ist weiterhin wichtig, die Region besser zu vernetzen und den regionalen Handel zu fördern. Die Entwicklungszusammenarbeit kann sowohl über bilaterale Beziehungen als auch im Verbund mit der EU und anderen internationalen Partnern wie der Weltbank Finanzierungen für Infrastrukturprojekte mit hohen Nachhaltigkeitsstandards unterstützen. Zum Beispiel im Rahmen der „EU Global Gateway“-Initiative.